

Gregor Ryssel

Brüchige Stabilität auf dem Balkan?

Es ist keine Überraschung gewesen, dass im zweiten Wahlgang die Beteiligung zur Wahl des serbischen Präsidenten unter 50 Prozent lag. Nur 45 Prozent der Wahlberechtigten gingen zu den Urnen. Somit bleibt auch weiter nicht entschieden, wer serbischer Präsident werden wird. Das Bild des politischen Reformprozesses in Serbien und Jugoslawien ist schwer angeschlagen.

Nachdem zunächst nicht einmal geklärt werden konnte, wie das weitere Prozedere zur Bestimmung eines neuen Präsidenten aussehen sollte, tagten und tagen zur Zeit verschiedene politische und juristische Gremien Serbiens und versprechen zügige Beratungen über das weitere Vorgehen. Diese Bemühungen sind insbesondere im Hinblick auf die internationale Gemeinschaft, die die Lösung dieses Problems auch als Indikator der rechtsstaatlichen Reformfähigkeit Serbiens interpretiert, dringend notwendig. Auch international gerät die serbische Regierung immer mehr unter Druck.

Erklärte die internationale Gemeinschaft dem politisch interessierten Bürger Jugoslawiens bisher vollmundig, dass die Bundesrepublik Jugoslawien zukünftig einer der wichtigsten und unverzichtbaren strategischen Partner in der Region sein werde, von dem in hohem Maße die Stabilität in der Region abhängen werde, und dass vor diesem Hintergrund mit einer sehr baldigen Aufnahme der Bundesrepublik Jugoslawien in den Europarat zu rechnen sei, werden nun die Anzeichen immer deutlicher, dass sich eine Aufnahme offensichtlich verzögern wird.

Die geringe Beteiligung bei der serbischen Präsidentenwahl wie auch die Geschehnisse im Vorfeld des Wahlgangs selbst spiegeln das Dilemma der politischen Realität rund um den angeschlagenen Reformprozess in Serbien und Jugoslawien wider. Kostunica erhielt zwar die Stimmenmehrheit, kann das Amt jedoch nicht antreten und wird wohl in einem zweiten Wahlgang dem Ultrationalisten Seselj gegenüberstehen, dessen Sieg einem Drama für die gesamte Region gleichkäme. Auch andere Faktoren, so die Verwicklung serbischer Firmen in suspekten Irak-Geschäfte, die verfassungsrechtlich bedenkliche Amtsenthebung zweier serbischer DSS-Parlamentarier, der im In- und Ausland unbeliebter werdende Zoran Djindjic sowie ein möglicher Freispruch Milosevics in Den Haag verschlechtern das Klima am Vorabend der serbisch-jugoslawischen Wahl- und Verfassungsreform in der gesamten Region. Dabei erfordern anstehende Aufgaben wie die Neudefinition des Staatsgebietes und, hieraus folgend, eine Statusklärung für Montenegro, Kosovo, Vojvodina oder die Republika Srpska eine möglichst spannungsfreie Lage auf dem von ethnischen Sensibilitäten geprägten Balkan, für den auch die Europäer kein tragbares Zukunftskonzept haben – ein Umstand, der vor allem nach einem Wegfall des amerikanischen Engagements fatale Folgen zeitigen könnte.

Nach den Verwicklungen serbischer Firmen in mysteriöse Irak-Geschäfte ist außerdem ein sensibler Punkt bei den Amerikanern getroffen worden. Auch sie verlangen klare und zuverlässige Partner, demokratische und reformorientierte Strukturen. Dazu gehört eben auch eine demokratische Besetzung des höchsten Amtes, welches der Staat zu vergeben hat.

Gleichzeitig hat der serbische Premier ein persönliches Interesse, das Problem zu lösen, da ein eventuell entstehendes politisches Machtvakuum und die damit verbundene Absorption der dringend benötigten Reformenergien der amtierenden serbischen Regierung zugeschrieben werden wird. Diese ist ohnehin schon jetzt massiv unter Druck geraten, da der Hinauswurf der DSS-Abgeordneten aus dem serbischen Parlament vor einigen Wochen in der juristischen Nachbereitung keineswegs so klar zu sein scheint, wie dies politisch den Bürgern von der Regierung verkauft wurde.

■ Gut drei Wochen nach den Wahlen gibt es zunächst nur Annahmen darüber, wie der nächste serbische Präsident bestimmt werden soll. Kostunica, der 66,7 Prozent der Stimmen erhielt und öffentlich den Vorwurf erhebt, dass die Wahlbeteiligung nach unten manipuliert worden sei, ist zwar der moralische Sieger der Wahl, allerdings ohne das fragliche Amt tatsächlich besetzen zu können.

Gut drei Wochen nach den Wahlen gibt es zunächst nur Annahmen darüber, wie der nächste serbische Präsident bestimmt werden soll, es gibt keinen definitiven durch die Verfassung eindeutig abgesicherten Weg. Kostunica, der 66,7 Prozent der Stimmen erhielt und öffentlich den Vorwurf erhebt, dass die Wahlbeteiligung nach unten manipuliert worden sei, ist zwar der moralische Sieger der Wahl, allerdings ohne das fragliche Amt tatsächlich besetzen zu können. Er lässt Labus mit 31 Prozent deutlich hinter sich. Daran konnte auch die direkte Auseinandersetzung beider Kandidaten im Fernsehen nichts ändern. Während Labus nervös wirkte, zwar die besseren inhaltlichen Argumente besaß, es ihm aber nicht gelang, seinen Konkurrenten Kostunica verbal anzugreifen, wirkte dieser staatsmännisch gelassen und souverän, fast ein wenig arrogant. Während Labus ständig nervös in mitgebrachten Papieren blätternd nach statistischen Angaben suchte, konnte Kostunica ohne Merktzettel allen von Labus genannten Statistiken parieren.

Der Mainstream der bisherigen Diskussion wird sich wohl durchsetzen: ein neues Wahlgesetz wird erarbeitet werden, so dass in einem zukünftigen zweiten Wahlgang keine 50-Prozent-Mehrheit für einen Kandidaten mehr erforderlich sein wird. In dieser Änderung sind sich bis jetzt alle beteiligten Akteure – zumindest inoffiziell – einig. Sofort nach Bekannt-

gabe dieser Konsenseinigung zwischen allen politischen Akteuren, die selbstverständlich noch nicht durch das Parlament abgesichert ist, wurde auch schon der 8. Dezember 2002 als neuer Wahltermin ins Gespräch gebracht. An diesem Tag soll die erste Runde der neuerlichen Wahlen stattfinden, aus dieser werden dann später die beiden stärksten Kandidaten gegeneinander in einer Stichwahl antreten. Bereits jetzt ist klar, dass Labus nicht mehr kandidieren wird. Kostunica, wie alle anderen Personen, die kandidieren möchten, hat bis zum 17. November Zeit, seine (erneute) Kandidatur offiziell anzumelden.

Doch spätestens an dieser Stelle ist die Politik von der Vergangenheit eingeholt worden. Nach der Umstrukturierung des serbischen Parlamentes vor einigen Wochen ist die ursprüngliche Zusammensetzung der Volksvertretung verändert worden, und zwar nicht durch Wahl, sondern durch eine politisch höchst umstrittene Entscheidung. Dieser Vorgang lag bis vor kurzem beim serbischen und jugoslawischen Verfassungsgericht. Erwartungsgemäß bestätigte das serbische Verfassungsgericht die juristisch korrekte Entfernung der durch die DOS-Liste ins Parlament gekommenen DSS-Abgeordneten. Da eine Mandatsübertragung aber laut jugoslawischer Verfassung als ein Menschenrecht anzusehen ist, sehen diese „gefeuerten“ Abgeordneten nun in ihrem Hinauswurf einen Verstoß gegen die Menschenrechte, der nur am jugoslawischen Verfassungsgericht verhandelt werden kann. Daraus resultierte bis jetzt: eine Stagnation des Entscheidungsprozesses. Paradoxe Weise konnte diese Stagnation bisher zumindest juristisch nicht überwunden werden.

Zwar ist nicht zu erwarten, dass die DSS-Abgeordneten gegen die oben beschriebene Gesetzesänderung stimmen würden, doch die generelle Frage bleibt, ob das Parlament in der jetzigen Zusammensetzung eine verfassungsmäßige Legitimation besitzt, über eine derartige Frage überhaupt abstimmen zu können. Dieses Problem hat Djindjic in der Zwischenzeit offensichtlich erkannt. Er hat gemerkt, dass auch international sein Verhalten mehr und mehr auf Kritik stößt, im Lande sinkt sein Ansehen allemal, und eine Gesetzesänderung durch ein derart manipuliertes Parlament stünde auf sehr wackeligem rechtsstaatlichen Grund. Eben nicht gerade rosige Aussich-

■ Djindjic hat in der Zwischenzeit offensichtlich erkannt, dass auch international sein Verhalten mehr und mehr auf Kritik stößt, im Lande sinkt sein Ansehen allemal.

ten, um bald in die europäischen Institutionen wie den Europarat aufgenommen zu werden.

Nach kräftezehrenden Verhandlungen unter Vermittlung des Parlamentspräsidenten Micunovic stimmte der Premier nun zu, die aus dem Parlament entfernten Abgeordneten der DSS wieder „aufzunehmen“. Somit ist der Zustand einer Stagnation des juristischen Entscheidungsprozesses durch politische Verhandlungen beendet worden und zumindest die Parlamentszusammensetzung, welche eine eindeutige politische Legitimation durch den Wähler besitzt, wiederhergestellt worden. Djindjic' Partei hat sich nun allerdings wieder mit den unbequemen DSS-Abgeordneten auseinanderzusetzen.

So wird das Parlament nun zunächst einmal über ein verändertes Wahlgesetz abzustimmen haben. Daran anschließen wird sich aber sofort die Diskussion über eine neue Verfassung und über den zukünftigen Kompetenzbereich des Präsidenten. Hier ist sicherlich neuer Streit in der Regierungskoalition zwischen der DS und der DSS vorprogrammiert. Im Falle, dass Kostunica zum Präsidenten gewählt wird, wovon jetzt zunächst auszugehen ist, wird Djindjic alles dafür tun, die Kompetenzen des Präsidenten in der neuen Verfassung möglichst einzuschränken.

Es ist nur sehr schwer vorstellbar – und allgemeine regionale Erfahrungen unterstreichen dies –, dass die Ausarbeitung und abschließende Diskussion einer neuen serbischen Verfassung ohne die Vermittlung und schließlich ohne den Druck der europäischen bzw. internationalen Gemeinschaft geschehen könnte. Dies gilt erst recht für Vertragswerke wie die zukünftige jugoslawische Verfassung, die der serbischen und montenegrinischen Seite von außen, in diesem Falle europäisch, aufgezwungen worden sind. Es ist somit durchaus vorstellbar, dass eine neue serbische/jugoslawische Verfassung nur dann verabschiedet wird, wenn von deren Inkraftsetzung weitere Unterstützung aus dem Ausland abhängig gemacht wird. Mit anderen Worten: Neue Verfassungen gegen neue internationale finanzielle Mittel.

Djindjic könnte, wenn eine derartige Situation in Form eines Ultimatums vor den Bürgern plastisch im Raum steht, diese geschickt nutzen, um gleichsam in letzter Sekunde bereits frühzeitig ausgearbeitete Verfassungsentwürfe zu präsentieren und um berechnete

■ Es ist nur sehr schwer vorstellbar – und allgemeine regionale Erfahrungen unterstreichen dies –, dass die Ausarbeitung und abschließende Diskussion einer neuen serbischen Verfassung ohne die Vermittlung und schließlich ohne den Druck der europäischen bzw. internationalen Gemeinschaft geschehen könnte.

oder unberechtigte Einwände der DSS gegen diese sofort im Keim zu ersticken. Diese Entwürfe würden ohne Zweifel dann seine eigene Handschrift tragen, einzige Voraussetzung: die Amerikaner müssen bereits vorab ihre Zustimmung signalisiert haben.

Der Premier hätte in diesem Falle die politische Situation erneut für sich nutzen können. Vor dem Hintergrund des Drucks aus dem Ausland würden diese Verfassungen dann auch zügig die jeweiligen Parlamente passieren, versehen mit einer parteiübergreifenden Klausel, die das Parlament beauftragt, später gewisse notwendige Änderungen vorzunehmen, deren Verabschiedung gegenwärtig aber zu zeitraubend sein würde, wenn man nicht eine Finanzsperre riskieren wollte.

Ob es sich dann tatsächlich um ein europäisches Verfassungsverständnis handelt, wird zunächst offen bleiben. Die Europäer sollten sich der geschilderten Eventualität jedenfalls bewusst sein und ihrerseits qualifizierten Einfluss auf den Prozess nehmen. Andererseits sollte ihnen stets präsent sein, dass internationalen Beratungen von Gesetzesentwürfen eine Zerfaselung droht. Gesetze, die juristisch-theoretisch ein optimales Aussehen haben, weil zahlreiche ausländische Berater mit unterschiedlichem nationalen Hintergrund aus ihrer Sicht jeweils die besten Gesetzes-/Verfassungselemente ihres Heimatland in ein neues Verfassungswerk integrieren konnten, sind politisch-praktisch oftmals für Menschen mit anderen politischen Erfahrungen und Traditionen unverständlich und nicht praktikabel. Mit anderen Worten: die neuen Verfassungen sollten seitens der internationalen Berater nicht „überberaten“ werden. Hierzu gibt es ebenfalls mannigfaltige Beispiele aus Bosnien und Herzegowina.

Neben der Frage der Kompetenzen des Premiers und des Präsidenten werden ein weiterer sensibler Punkt sicherlich die Aussagen über eine mögliche Veränderung des Staatsgebietes sein. Dieses gilt für das jugoslawische Vertragswerk im Hinblick auf Montenegro, für das serbische Verfassungswerk im Hinblick auf Kosovo, Vojvodina und Sandzak. Es sollte daher zu einer prioritären europäischen Aufgabe werden, Einfluss auf den zukünftigen in der Verfassung niederzulegenden Staatsaufbau Serbiens und Jugoslawiens zu nehmen. Die europäischen Institu-

■ Es sollte zu einer prioritären europäischen Aufgabe werden, Einfluss auf den zukünftigen in der Verfassung niederzulegenden Staatsaufbau Serbiens und Jugoslawiens zu nehmen.

tionen können hier beweisen, wie der so oft als Patentrezept für die Lösung nationalistischer Probleme zitierte europäische Regionalismus tatsächlich angewandt werden kann.

Da es sich bei der oben geschilderten „Ultimatumlösung“ um eine Art letzten Befreiungsschlag handelt, bleibt es wahrscheinlicher, dass zunächst unabhängig von neuen Verfassungen ein Gesetz zur Wahl des serbischen Präsidenten verabschiedet werden wird.

Politisch gefährlich würde es sicherlich, wenn, basierend auf einem neuen Gesetz, Kostunica als Sieger aus der Wahl hervorgehen würde. Serbien hätte dann einen Präsidenten, der einerseits nur zögernd mit Den Haag zusammenarbeitet, andererseits sogar die Trennung der Republika Srpska von Serbien nur als temporär betrachtet, damit also bestehende Grenzen in Frage stellen würde. Das wäre sicherlich ein äußerst negatives Signal für die Nachbarstaaten und die dringend erforderliche Normalisierung der Beziehungen zu ihnen. Es bliebe außerdem abzuwarten, wie sich seine Wahl auf den Reformprozess insgesamt auswirken würde. Sicherlich nicht eben positiv, wenn man das mehr als gespannte Verhältnis zwischen Kostunica und Džindjić kennt. Hieran wird auch die Wiederaufnahme der hinausgeworfenen Abgeordneten nichts ändern.

■ **Wie empfindlich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten sind, zeigt sich an den Wahlergebnissen in BiH. Eine Motivation für die Menschen dort, sich gut sieben Jahre nach Abschluss des Dayton-Vertrages wieder mehr zu den sogenannten national orientierten Parteien hingezogen zu fühlen, ist sicherlich eine Äußerung Kostunicas in Hinblick auf die Republik Srpska. Alte Ängste bei Bosniaken und Kroaten brechen wieder neu auf, extreme bosnische Serben wittern möglicherweise eine neue Chance.**

Wie empfindlich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten sind, zeigt sich an den Wahlergebnissen in BiH. Eine Motivation für die Menschen dort, sich gut sieben Jahre nach Abschluss des Dayton-Vertrages wieder mehr zu den sogenannten national orientierten Parteien hingezogen zu fühlen, ist sicherlich die oben genannte Äußerung Kostunicas in Hinblick auf die Republik Srpska. Alte Ängste bei Bosniaken und Kroaten brechen wieder neu auf, extreme bosnische Serben wittern möglicherweise eine neue Chance. Eine andere Motivation für die Menschen in BiH ist sicherlich auch ein in weiten Bereichen verfehltes, missverständenes oder „zu gut gemeintes“ Vorgehen der internationalen Gemeinschaft mit ihren teilweise übermächtigen und gegeneinander konkurrierenden multinationalen Organisationen in der Zeit nach Dayton gewesen.

Hinzu kommen Äußerungen aus Den Haag, dass der Prozess gegen Milosevic wegen zu großer Kom-

plexität möglicherweise nicht zu Ende geführt werden kann. Handelt es sich hierbei möglicherweise um vorbereitende Äußerungen, Milosevic nicht verurteilen zu können? Für die Menschen in Bosnien und Herzegowina wäre das eine schallende Ohrfeige mit sicherlich weitreichenden politischen Folgen. In Serbien würden die Menschen das als Blamage für die Politik der USA ansehen. Sind es nicht maßgeblich immer die Amerikaner gewesen, die Milosevic zur Verantwortung gezogen sehen wollten, und die letztlich auch mit der Sperrung finanzieller Mittel drohten. Wie wird Milosevic Den Haag verlassen – als alter, kranker Mann, aber unschuldig? Die politischen Folgen für die Region wären undenkbar.

Gewänne Kostunica in einem zweiten Wahlgang gegen Seselj, hätte Kostunica trotz seiner oben geschilderten Äußerungen den Ultranationalisten Seselj, dessen nationalistische Äußerungen ja wohlbekannt sind, verhindert. Der Fall, dass Seselj gewänne, ist sicherlich einem politischen Horrormärchen gleichzusetzen und hätte eine verheerende Signalwirkung auf den Reformprozess und die internationale Gemeinschaft. Die Tür in die EU wäre für Serbien auf Jahre hin verschlossen.

Djindjic sitzt zur Zeit in einer Art Dilemma: Kostunica möchte er eigentlich nicht als Präsidenten, muss ihn aber zwangsläufig unterstützen, da er einerseits auf die Zusammenarbeit der entfernten DSS-Abgeordneten im Parlament angewiesen ist, andererseits einen anderen nationalistischen Präsidenten verhindern will. Somit wird er sich zumindest nicht gegen Kostunica aussprechen, jedoch die oben geschilderte Verfassungsdiskussion abwarten.

Es bleibt für Djindjic jedoch noch eine weitere Option offen: Vor dem Hintergrund von Frustration und Unverständnis könnte die Wahlbeteiligung in der ersten Runde bereits unter 50 Prozent liegen. Was dann? Das politische Tauziehen ginge von vorne los, dann aber wahrscheinlich wohl in Verbindung mit einer tatsächlichen Verfassungsdiskussion.

Bei einer Wahl Kostunicas bleibt zu befürchten, dass ein pragmatisches Vorgehen der IC mit einem neuen Präsidenten Kostunica durch einen direkten Vergleich zwischen Kostunica und Seselj Kostunicas nationalistische Aussagen relativieren, verharmlosen und eventuell sogar verdrängen könnte. Eine Auf-

■ Djindjic sitzt zur Zeit in einer Art Dilemma: Kostunica möchte er eigentlich nicht als Präsidenten, muss ihn aber zwangsläufig unterstützen, da er einerseits auf die Zusammenarbeit der entfernten DSS-Abgeordneten im Parlament angewiesen ist, andererseits einen anderen nationalistischen Präsidenten verhindern will.

nahme der DSS in ein europäisches Parteienbündnis könnte durch eine derart verzerrte Optik der Aussagen Kostunicas und seiner Partei eine gefährliche Eigendynamik bekommen. Nationalistische Äußerungen in einer darartigen Form von einem gewählten Staatsmann wären für die Stabilität in der Region, aber auch für den allgemeinen Integrationsprozess in Europa Gift. Andererseits bliebe die Frage offen, ob in einem solchen Fall nicht eine „pädagogische Mitgliedschaft“ in einem europäischen Parteienbündnis, analog der Definition beim Europarat, sogar dringend erforderlich wäre. Innenpolitisch müsste Kostunica diese Aussagen nicht legitimieren, hier hat er volle Rückendeckung.

Ein gefährliches internationales Vorgehen, denn in den Nachbarstaaten scheidet ein derartiges Verdrängen mit Sicherheit aus. Die Folge wäre, dass möglicherweise ans Lichte käme, auf welch' brüchigem Eis die bisherige politische Wiederaufbauarbeit der IC insbesondere in BiH steht bzw. dann gestanden hat – die jüngsten Wahlergebnisse in BiH sollten eine Warnung sein. Hier könnte dann letztlich auch die IC in Erklärungsnot über die Qualität ihrer bisherigen politischen Aufbauarbeit in BiH kommen. Für den weiteren Verlauf der internationalen Projektarbeit wäre eine ehrliche Evaluierung der bisherigen Projektarbeit allerdings mit Sicherheit hilfreich.

Diese Diskussion würde sicherlich sehr bald in einer Diskussion nach einer Exit-Strategie der internationalen Gemeinschaft aus BiH und der gesamten Region münden. In UN-Kreisen im Kosovo wird bereits vertraulich die Befürchtung ausgesprochen, dass bei einer Verlagerung des US-amerikanischen Engagements in eine andere Region der Welt den Europäern ein einheitliches Entwicklungskonzept zumindest für den Kosovo fehlen würde. Vor dem Hintergrund des zunehmenden amerikanischen Engagements in anderen Regionen ist diese Befürchtung wohl nicht ganz unbegründet. Auch unter bosnisch-herzegowinischen Politikern ist diese Befürchtung zu hören. Hier klingt insbesondere die unglückliche Rolle der Europäischen Union während des Bosnienkrieges mit. Schließlich haben die bosnisch-herzegowinischen Politiker auch nicht vergessen, dass die Friedensverhandlungen im amerikanischen Dayton ausgehandelt worden sind. In vertraulichen

■ In UN-Kreisen im Kosovo wird vertraulich die Befürchtung ausgesprochen, dass bei einer Verlagerung des US-amerikanischen Engagements in eine andere Region der Welt den Europäern ein einheitliches Entwicklungskonzept zumindest für den Kosovo fehlen würde.

Gesprächen gehen sowohl internationale als auch lokale Politiker immer weniger davon aus, dass Kosovo wieder integraler Bestandteil Serbiens werden kann. Nur wie der zukünftige Status sein wird, darüber wiederum gibt es auch nur äußerst vage Vorstellungen.

Die Albaner gehen jedenfalls davon aus, dass sie bei eventuellen Statusverhandlungen auf die Amerikaner setzen können. Bisher kann die Statusfrage noch hinter der medientauglichen Formulierung *standards for status* (UNMIK) versteckt werden, doch sie wird zu diskutieren sein. Es bleibt eine offene Frage, wer seitens der serbischen Politiker eine Kehrtwende in der serbischen Kosovopolitik einleiten kann. Zur Zeit bietet sich hier Nebojsa Covic an. Er besitzt als stellvertretender Premierminister in der serbischen Regierung das Vertrauen der Amerikaner und genießt zudem ein hohes Ansehen bei der serbischen Bevölkerung.

Auch in der kleineren jugoslawischen Teilrepublik Montenegro haben Parlamentswahlen stattgefunden. Erstaunlicherweise hat die Partei von Milo Djukanovic zugelegt und die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewonnen. Vergessen scheint der Streit um den genauen Wahltermin, vergessen die Vermittlungen des amerikanischen Botschafters bezüglich der Wahlvorbereitungen, „Milo hat gewonnen“ ist von überall zu hören.

Er ist nun im Gespräch, vom Amt des Präsidenten in das des Premiers zu wechseln. Ein eindeutiges Zeichen dafür, dass er erkannt hat: Nun müssen tatsächliche Reformen folgen, sonst könnte seine politische Karriere schon bald beendet sein. Er steht unter enormem politischem Druck.

Es scheint sich um ein montenegrinisches Phänomen zu handeln, dass es ihm erneut gelungen ist, politisch zu überleben. Offensichtlich konnte er das Solana-Abkommen, welches ausländische Beobachter fast einstimmig als Schlappe für ihn ausgelegt hatten, im Gegenteil politisch noch nutzen und die Option, nach zwei Jahren die Chance eines Referendums über die Unabhängigkeit durchführen zu können, in politisches Kapital umsetzen. Er hat es offensichtlich verstanden, der halben Million Montenegriner zu vermitteln, dass nicht die Liberale Partei, sondern ausschließlich *er* Montenegro in die Unabhängigkeit

■ **Auch in der kleineren jugoslawischen Teilrepublik Montenegro haben Parlamentswahlen stattgefunden. Erstaunlicherweise hat die Partei von Milo Djukanovic zugelegt und die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewonnen.**

führen könne, selbst wenn das möglicherweise nicht auf dem direkten Weg geschehen kann.

Doch dieses ist sicherlich seine letzte Chance gewesen. Das Thema Unabhängigkeit kann nicht endlos ausgereizt werden. Die Menschen in Montenegro erwarten nun tatsächliche politische und wirtschaftliche Reformen.

Das Verhältnis zu Serbien dürfte sicherlich nicht einfacher werden. Das gilt insbesondere für die Verhandlungen über das Aussehen eines neuen Staates Serbien/Montenegro. Auch in internationale Verhandlungen kann die neue montenegrinische Regierung nun gestärkt hineingehen. Djukanovic hat dem politischen Druck der IC getrotzt, was er diese bei weiteren Verhandlungen sicherlich auch spüren lassen wird.

Ob in Montenegro mit einer neuen, alten Regierung Stagnation oder Fortschritt herrschen werden, wird die nächste Zeit sicherlich deutlich werden lassen.